



An
Betriebsräte sowie Konzern- und
Gesamtbetriebsräte der Energiewirtschaft
mit der Bitte, das Schreiben über ihre Verteiler
weiterzuleiten

Sigmar Gabriel MdB

Bundesminister

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 (0)3018 615-76 00 od. (0)30 2014-76 00

FAX +49 (0)3018 615-70 30 od. (0)30 2014-70 30

E-MAIL info@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 31. März 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesen Tagen wird viel über die Zukunft der Kohleverstromung und insbesondere der Braunkohle gesprochen. Für die einen gehen der Ausbau der erneuerbaren Energie und der Klimaschutz nicht schnell genug, für die anderen bringt diese Entwicklung die Sorge um ihre Arbeitsplätze und die Zukunft ihrer Familien und ihrer Heimatregionen.

Und tatsächlich: Klimaschutz und der Ausbau der erneuerbaren Energien bedeuten gleichzeitig einen Strukturwandel in den traditionellen Energieerzeugungsarten aus Gas, Steinkohle und Braunkohle, der bereits heute nicht einfach zu bewältigen ist. Moderne Kraftwerke stehen still oder sind von Stilllegung bedroht, weil die Betriebsstunden, in denen sie gebraucht werden, für die Wirtschaftlichkeit nicht mehr reichen. Gleichzeitig verdienen die Unternehmen der Braunkohleverstromung Geld, weil sie preiswert und sicher Strom produzieren, der in wachsendem Maße ins Ausland verkauft wird. Deutschland ist zu einem großen Stromexporteur geworden, weil der in Deutschland produzierte Braunkohlestrom preiswert und versorgungssicher ist. Allerdings werden die CO₂ Emissionen nicht dort angerechnet, wo der Strom verbraucht wird, sondern im Land der Stromerzeugung.

Wie schaffen wir es nun, einerseits den Strukturwandel in der deutschen Energieproduktion so zu gestalten, dass die dabei entstehenden Lasten weder einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet werden noch die Strompreise so steigen, dass Unternehmen in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sind? Und wie erreichen wir gleichzeitig noch das ambitionierte Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40 % im Jahr 2020 (gegenüber dem

Basisjahr 1990), zu dem sich die Unternehmen der Energiewirtschaft, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften und auch die Politik seit Jahren bekennen? Die Quadratur des Kreises scheint dagegen eine leichtere Aufgabe zu sein.

Das Jahr 2015 wird dafür ein Jahr wichtiger Entscheidungen. Das ist auch richtig so, denn wir können die Beantwortung der offenen Fragen nicht noch länger aufschieben. Zu entscheiden haben wir, wie der künftige Strommarkt geregelt sein soll, welchen Markt erneuerbare Energien, Kohle- und Gaskraftwerke haben werden, wie wir den jüngeren und effizienteren Kraftwerken eine Perspektive geben, wie viele konventionelle Kapazitäten wir zukünftig als Reserve für unvorhersehbare Ausnahmesituationen brauchen, wie wir die Kraft-Wärme-Kopplung weiter fördern, wie wir unsere Klimaziele erreichen – aber nicht zuletzt auch: wie wir bei all diesen Aufgaben den Strompreis für große ebenso wie für kleine Verbraucher stabil halten.

Am 24. November 2014 habe ich deshalb die Unternehmen und Verbände der Strombranche getroffen, um über die Aufgabe des Klimaschutzes miteinander zu sprechen. Mein Ziel war es, gemeinsam mit den Unternehmen Lösungen zu erarbeiten. Dabei sollten die Unternehmen möglichst frei darin sein zu bestimmen, wie der noch offene Klimaschutzbeitrag der Strombranche bis 2020 erbracht werden kann. Leider haben sich die Unternehmen und Verbände damals einer solchen Diskussion verweigert und vom Staat verlangt, dafür Vorschläge vorzulegen.

Das haben wir getan. In diesen Tagen diskutieren wir die Umsetzung unseres Zieles, den Treibhausgas-Ausstoß bis 2020 um 40% zu senken. Das Bundeskabinett hat dazu am 3. Dezember 2014 beschlossen:

- (1) Den größten Beitrag – rund 30 bis 40 Millionen Tonnen CO₂ – erwarten wir durch höhere Energieeffizienz und klimafreundliches Bauen.
- (2) Bis zu 10 Millionen Tonnen soll der Verkehrssektor erbringen, 6 bis 10 Millionen Tonnen Handel, Gewerbe und Landwirtschaft.
- (3) Die Stromerzeuger sollen zusätzlich 22 Millionen Tonnen beitragen.

Insgesamt emittierten im letzten Jahr die fossilen Kraftwerke 349 Millionen Tonnen CO₂. Wir erwarten, dass bis 2020 37 Millionen Tonnen CO₂ durch den Ausbau der Erneuerbaren, durch Effizienz im Kraftwerksbereich und die ohnehin geplante Abschaltung von alten Kraftwerken

abgebaut werden. Eine zusätzliche Verringerung um 22 Millionen Tonnen auf dann 290 Millionen Tonnen CO₂ bis 2020 ist alles andere als ein „Kohleausstieg“.

Viele Beschäftigte machen sich trotzdem Sorgen. Es ist die begreifliche Sorge, dass uns der Klimaschutz teuer zu stehen kommt und dass er Arbeitsplätze gefährdet. Deshalb ist jetzt vor allem Sorgfalt und Augenmaß gefragt. Wir sollten jeden Schritt in Ruhe miteinander diskutieren. Ich weiß, dass wir als Politiker jetzt vor allem erstmal zuhören müssen, bevor wir entscheiden. Deshalb führe ich persönlich aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums in den kommenden Tagen und Wochen viele Gespräche – vor allem mit den betroffenen Unternehmen und den Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Gewerkschaften IG BCE und ver.di.

Ich weiß sehr gut: Der geforderte Klimabeitrag trifft die Stromwirtschaft in einer Zeit, in der sie einen heftigen, für die Unternehmen und die Beschäftigten schmerzhaften Strukturwandel erlebt. Die Beschäftigten in der Lausitz und im rheinischen Revier haben schlicht Angst um ihre Arbeitsplätze. Die Bundesregierung ist sich dieser Lage sehr bewusst! Wir spielen Arbeit und Klimaschutz nicht gegeneinander aus. Jedes verantwortbare Klimaschutzinstrument muss den Strukturwandel ermöglichen und darf die Unternehmen nicht in den Ruin treiben.

Klar ist: wir wollen und können nicht parallel zum Ausstieg aus der Kernenergie zeitgleich auch noch aus der Kohleverstromung aussteigen. Wenn wir z.B. im Jahr 2025 40 bis 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen wollen, dann müssen die restlichen 55 bis 60 Prozent aus fossilen Kraftwerkskapazitäten kommen. Sowohl die Steinkohle- als auch die Braunkohleverstromung hat also durchaus noch auf längere Sicht eine wichtige Bedeutung für die sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom in Deutschland. Und damit auch der Tagebauabbau der Braunkohle!

Der von uns jetzt vorgelegte Vorschlag versucht deshalb eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Lösung:

- Er soll die geringsten Auswirkungen auf den Börsenstrompreis haben.
- Er will den Energieversorgern Flexibilität einräumen, damit es nicht zu Stilllegungen kommt.
- Die Versorgungssicherheit wird nicht beeinträchtigt.

- Er will den Energieversorgern Flexibilität einräumen, damit es nicht zu Stilllegungen kommt.
- Die Versorgungssicherheit wird nicht beeinträchtigt.
- Der Vorschlag ist am besten mit dem europäischen Emissionshandel vereinbar.

Wie erreichen wir das? Indem wir Freibeträge für Emissionen vorschlagen, die vor allem neuere Kraftwerke komplett vom zusätzlichen Klimabeitrag freistellen. Kraftwerke, die älter sind als 20 Jahre, erhalten schrittweise geringere Freibeträge. Die neuen und effizienteren Kraftwerke sind somit gar nicht betroffen. Die älteren Kraftwerke müssen die Freibeträge nicht einhalten. In vielen Stunden des Jahres werden sie Strom auch mit Klimabeitrag verkaufen können. Sie werden ihre Betriebsstunden allerdings reduzieren. Dies wird vermutlich in den Zeiten erfolgen, in denen der Strompreis ohnehin niedrig ist und nur geringe Deckungsbeiträge erbringt. Dafür kann in Zeiten hoher Strompreise sogar mehr Strom produziert werden ohne die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks zu gefährden.

Der Klimabeitrag ist in Form von Emissionszertifikaten zu erbringen. Diese werden anschließend von der Bundesregierung entwertet – es findet also keine Verlagerung von Emissionen ins Ausland statt! Mehr Klimaschutz in Deutschland führt nicht zu weniger Klimaschutz in den Nachbarländern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben einen Vorschlag vorgelegt, der rund 90% der konventionellen Stromerzeugung in Deutschland nicht belastet!

Wir sind offen für alle Verbesserungsvorschläge, mit denen das Klimaziel erreicht wird.

Ich nehme vor allem die Sorge in den Revieren ernst, dass es mit dem Klimabeitrag zu einem „Domino-Effekt“ bei der Braunkohle kommen könnte und auch beschäftigungsintensive Tagebaue stillgelegt werden müssen. Wir prüfen das jetzt intensiv in unseren Gesprächen mit den Unternehmen und den Gewerkschaften.

Ich weiß auch, dass insbesondere der Osten Deutschlands mit der Deindustrialisierung nach 1990 unfreiwillig nicht nur den größten Beitrag zur CO₂-Reduzierung in Deutschland

erbracht hat, sondern dass die betroffenen Menschen vor allem eine soziale Katastrophe erlitten haben. Das wird nicht noch einmal passieren. Diesen politischen Fehler der 90er Jahre werden wir nicht wiederholen.

Wir wollen, dass effiziente konventionelle Erzeugung nicht aus dem Markt verdrängt wird. Deshalb werde ich mit der Novelle der Kraft-Wärme-Kopplung eine Bestandsförderung einführen, die für kommunale Versorger die Wirtschaftlichkeit ihrer Anlagen erhält. Damit sichern wir vor allem die Stadtwerke! Zugleich will ich, dass wir eine vergütete Kapazitätsreserve schaffen, in die Kraftwerke gehen können, die nicht mehr am Markt teilnehmen und nur im Notfall hochgefahren werden.

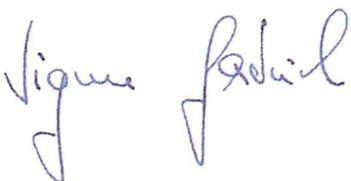
Ich bin mit der Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, den Ministerpräsidenten der Länder Brandenburg und Sachsen und mit den Vorsitzenden der beiden Energiegewerkschaften IGBCE und verdi völlig einig, dass es nicht um einen Braunkohleausstieg gehen darf. Und wir sind uns ebenso einig, dass die Lasten des Strukturwandels, der mit der Energiewende einhergeht, nicht einseitig auf den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgeladen werden darf.

Deshalb darf ein zusätzlicher Klimaschutzbeitrag der konventionellen Energieerzeugung weder zu Strukturbrüchen noch zur Schließung von Braunkohletagebauen führen. Strukturwandel braucht Zeit und die werden wir schon deshalb haben, weil auch die Braunkohle in den kommenden Jahren für Versorgungssicherheit und Preisstabilität gebraucht wird.

Die Debatte hat mit unseren Vorschlägen begonnen. Jetzt werden wir die Sachfragen klären. Dafür stehe ich zur Verfügung. In den kommenden Wochen werden eine ganze Reihe von Gesprächen mit Experten aus der Energiewirtschaft, der Wissenschaft, aus unserem Ministerium und aus den Ländern sowie aus den Bundestagsfraktionen stattfinden, bevor sich die Bundesregierung auf ein Modell verständigt. Wir brauchen und wollen einen umfassenden Dialog. Und zu diesem Dialog möchte ich Sie herzlich einladen!

Sie erreichen uns unter dieser Anschrift: Ministerbuero@bmwi.bund.de

Mit freundlichen Grüßen





Herrn
Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

2. April 2015

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 31. März 2015, mit dem Sie in den Dialog mit uns Betriebsräten der Energieversorger in Deutschland treten. Mit diesem Brief möchten wir Ihr Dialogangebot nutzen, denn bisher hatten Sie persönlich in dieser Sache nicht mit uns gesprochen.

Wir Betriebsräte und unsere Gewerkschaften unterstützen die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Auch wir wollen eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung für uns und unser Land. Dabei ist uns klar, dass der dafür nötige tiefgreifende Umbau der Energielandschaft unsere Unternehmen vor enorme Herausforderungen stellen muss. Wir erleben das jeden Tag – am Arbeitsplatz bei uns selbst und bei unseren Kollegen.

Unsere Unternehmen haben die Herausforderung „Energiewende“ als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angenommen und arbeiten seit Jahren hart daran, diese zu meistern. Wir Betriebsräte haben Kostensenkungsprogrammen und Umstrukturierungen zugestimmt und unterstützen diese im Sinne unseres gemeinsamen Ziels: die Wirtschaftlichkeit unserer Kraftwerke zu erhalten und zu verbessern und damit Arbeitsplätze für tausende Kolleginnen und Kollegen zu sichern.

Die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels verlangen unseren Kolleginnen und Kollegen bereits jetzt enorm viel ab. Die veränderten Marktbedingungen und Einsatzzeiten unserer Kraftwerke, die mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien einhergehen, bedeuten für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft – unabhängig von ihrer Position, ihrer Ausbildung oder ihrem Alters.

Dietrich Herd

EnBW AG
Rheinschanzinsel
76661 Philippsburg

Eberhard Schomburg

E.ON SE
E.ON-Platz 1
40479 Düsseldorf

Arno Hahn

RWE Vertrieb AG
Wolfsheimer Str. 1
55543 Bad Kreuznach

Rainer Kruppa

Vattenfall GmbH
Chausseestr. 23
10115 Berlin

Sie schreiben, Sie möchten den Strukturwandel ermöglichen. Wir können mit Sicherheit sagen: Wir stecken bereits mitten drin! Sie wissen selbst, dass viele Kraftwerke bereits stillgelegt oder zur Stilllegung angemeldet worden sind – ohne größeres Aufhebens und mit einem hohen Maß an Verständnis und Mitarbeit in der Belegschaft. Aber unsere Aufgabe war, ist und bleibt, dass der Strukturwandel weiterhin so sozialverträglich wie möglich vonstatten geht. Wir sind von den Kolleginnen und Kollegen als deren Interessensvertreter gewählt und wir haben die Pflicht, für unsere Kolleginnen und Kollegen und deren Arbeitsplätze zu kämpfen!

Ihre Pläne für ein nationales Klimaschutzinstrument, von denen wir aus den Medien erfahren haben, ermöglichen gerade keinen sozialverträglichen Strukturwandel mehr. Hier geht es nicht um eine schrittweise Veränderung – die wir alle bereits seit Jahren mitgestalten –, sondern hier geht es um Strukturbrüche. Sie sagen, Sie wollen genau diese Brüche vermeiden. Wir müssen dazu sagen: Das passt nicht zu den in Ihrem Papier dargelegten Maßnahmen!

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir haben das Gefühl, dass hinter diesem Konzept weit mehr steckt, als Sie oder Ihr Ministerium gegenwärtig behaupten. Warum glauben wir das? Bei einer Umsetzung des nationalen Klimaschutzinstruments müssten viele weitere Kraftwerke sofort stillgelegt werden, denn Strafabgaben oder die deutliche Reduzierung der Benutzungsstunden überleben diese Anlagen wirtschaftlich einfach nicht.

Doch damit nicht genug: Die den Kraftwerken vorgelagerten Betriebe, wie etwa Tagebaue, wären so stark eingeschränkt, dass auch hier ein wirtschaftlicher Betrieb nicht mehr möglich wäre. Sofortige Schließungen wären die Folge.

Diesen Prozessen nachgelagert sind Einzelhandel, Dienstleistungen und Zulieferunternehmen in den betroffenen Regionen, die dadurch ebenfalls betroffen wären. Und nicht zuletzt wären auch die Beschäftigten in der stromintensiven Industrie massiv tangiert, für die die höheren Strompreise eine Abwanderung ihrer Unternehmen ins Ausland bedeuten.

Das ist alles andere als eine „win-win-Situation“, wie es auf Neudeutsch heißt! In Deutschland gibt es dabei nur Verlierer und diese Verlierer sind insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen! Zudem ist mehr als zweifelhaft, ob angesichts des europäischen Emissionshandels mit Ihrem nationalen Alleingang tatsächlich etwas für den Klimaschutz gewonnen würde, so wie behauptet.

Sie schreiben, Sie hätten bereits im November letzten Jahres eine gemeinsame Lösung mit den Unternehmen und Verbänden erarbeiten wollen. Seit vielen Monaten spricht sich unsere Branche eindeutig für ein Marktdesign aus, das eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland möglich macht. Sie möchten diesem Vorschlag – wie wir hören – nicht folgen. Aber auch die von Ihnen bevorzugte Wiederbelebung des Energy-Only-Marktes löst die Probleme nicht, weder kurz- noch längerfristig. Mit diesem Vorgehen wird das



Strukturproblem mangelnder Wirtschaftlichkeit von Kraftwerken nicht behoben. Fraglich ist darüber hinaus, ob rein politische Bekenntnisse zur Erlaubnis von hohen Preisspitzen ausreichen, das Vertrauen in den Markt wiederherzustellen und das Investorendilemma zu beseitigen. Um Kollateralschäden zu vermeiden, bedarf es jetzt vor allem kurzfristig einer Reform der Regelungen für jene Kraftwerke, deren Stilllegung aus Gründen der Versorgungssicherheit untersagt wird und die dem politischen Vernehmen nach für die Energiewende auch künftig dringend gebraucht werden.

In Sachen Klimaschutz ist die Branche schon immer Gesprächsbereit gewesen und hat deutlich gemacht, dass wir die Initiativen zur Stärkung des europäischen Emissionshandels unterstützen.

Wenn es Ihnen, wie Sie sagen, darum geht, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, dann kann eine solche Zusammenarbeit aber nicht darin bestehen, dass die Vorschläge und Vorstellungen Ihres Ministeriums von unserer Branche klaglos akzeptiert und hingenommen werden. Das wurde auch bei dem von Ihnen erwähnten Gespräch über Marktdesign, Versorgungssicherheit und Klimaschutz deutlich. Betriebsräte, Gewerkschaften und Unternehmen lassen sich an dieser Stelle nicht auseinanderdividieren. Sie werden verstehen, dass die Unterstützung der Energiewende durch uns Arbeitnehmervertreter dort endet, wo sie einseitig auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen ausgetragen wird! Dass wir Ihr nationales Klimaschutzinstrument, das einseitig nur unsere Unternehmen und Arbeitsplätze trifft, im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen ablehnen müssen, ist klar! Die Ängste und Sorgen der Belegschaft sind groß. Wir haben nicht umsonst zu Demonstrationen aufgerufen und wir werden auch weiter mit Nachdruck darum kämpfen, dass solche Vorschläge vom Tisch kommen. Erst dann ist die Möglichkeit gegeben, gemeinsam und konstruktiv Lösungen zu suchen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, den Medien haben wir entnommen, dass Sie offen für die Diskussion auch anderer Modelle zur Erreichung der Klimaschutzziele sind. Das finden wir gut und sind gespannt auf die weiteren Diskussionen, die Sie ja auch mit unseren Gewerkschaften führen wollen. Dieser Dialog ist wichtig und dafür stehen wir als Betriebsräte ebenso wie die Gewerkschaften jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dietrich Herd
Vorsitzender Konzernbetriebsrat
EnBW

Arno Hahn
Vorsitzender Konzernbetriebsrat
RWE

Eberhard Schomburg
Vorsitzender Konzernbetriebsrat
E.ON

Rainer Kruppa
Vorsitzender Konzernbetriebsrat
VATTENFALL